



Marx in Serie

»Karl Marx. Seiner Nützlichkeit wegen« – die jW-Serie zum 200. Geburtstag des Philosophen am 5. Mai. Heute: Scholastik statt Praxis. Werner Seppmann über Louis Althusser's Interpretation des Marxismus
SEITEN 12/13

1. Mai in Sicht

Bundesweit Demonstrationen von Gewerkschaften und Linken. Auch Neonazis auf der Straße

3

Breiter Widerstand

Protest gegen das Polizeiaufgabengesetz in Bayern weitet sich aus. CSU kontert haarsträubend

4

Akute Lebensgefahr

USA torpedieren Kolumbiens Friedensprozess. FARC-Comandante Santrich droht Auslieferung

6

Rote Jugend

Vor 50 Jahren wurde die SDAJ gegründet. Trotz Krisen und Rückschlägen existiert sie bis heute

15

Auf in den Frieden

Mit Kim Jong Un betrat erstmals ein nordkoreanischer Staatschef südkoreanischen Boden. »Neue Geschichte« im bilateralen Verhältnis angekündigt. **Von Rainer Werning**



Zeichen der Verständigung: Nordkoreas Staatschef Kim Jong Un und sein südkoreanischer Amtskollege Moon Jae In am Freitag in Panmunjom

Der 27. April 2018 wird als ein ebenso symbolträchtiger wie herausragender Tag in die koreanische Geschichte eingehen. In Panmunjom, dem Grenzort, wo am 27. Juli 1953 der dreijährige Koreakrieg mit mehr als vier Millionen Toten durch die Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens ein Ende fand, trafen sich am gestrigen Freitag Südkoreas Präsident Moon Jae In und Nordkoreas Staatschef Kim Jong Un erstmals persönlich. Nach getrenntem Mittagessen unternahm beide Staatschefs einen Spaziergang, bevor die Gespräche am Nachmittag fortgesetzt und mit der Bekanntmachung der gemeinsamen »Panmunjom-Erklärung über Frieden, Wohlstand und Vereinigung der Koreanischen Halbinsel« gekrönt wurden. Eckpunkte dieser Deklaration sind: Beide Länder wollen den offiziell noch geltenden Kriegszustand bis zum Ende dieses Jahres beenden. Außerdem stre-

ben sie gemeinsam eine »vollständige nukleare Abrüstung« an und erklären feierlich, »dass kein Krieg mehr auf der Koreanischen Halbinsel ausbrechen werde«. Überdies beabsichtigen beide Seiten, ihre Armeen zu verkleinern und die schwer befestigte Grenze in eine »Friedenszone« umzuwandeln.

Kim betonte im Rahmen seiner einleitenden Bemerkungen, er habe auf den etwa 200 Metern zum Tagungsort den Gedanken gehabt, dass beide Seiten gute Ergebnisse erzielen könnten. Moon sagte, Panmunjom sei in dem Moment, als Kim erstmals die militärische Demarkationslinie überschritten habe, ein Symbol des Friedens geworden und kein Symbol der Teilung mehr. Im Haus des Friedens, dem offiziellen Tagungsort, trug sich Nordkoreas Staatschef mit den Notizen ins Gästebuch ein: »neue Geschichte von nun an« und »Zeitalter des Friedens am Ausgangspunkt der Geschichte«.

Bei dem auch international begrüßten Gipfeltreffen waren auf südkoreanischer Seite der präsidentale Stabschef Im Jong Seok und Geheimdienstchef Suh Hoon zugegen, während auf nordkoreanischer Seite Kim Yo Jong, die Schwester Kim Jong Uns, sowie Kim Yong Chol, Vizevorsitzender der regierenden Partei der Arbeit Koreas, daran teilnahmen.

Betrachtete Präsident Moon das Treffen als Brücke zu dem für Ende Mai oder Anfang Juni geplanten Gipfeltreffen Kims mit US-Präsident Donald Trump, hat Nordkoreas Staatschef bereits Anfang März Chung Eui Yong, Südkoreas Vorsitzendem des Nationalen Sicherheitsrates und Moons Nordkorea-Sonderemissär, in Pjöngjang versichert, Trump einen Plan für die vollständige atomare Abrüstung überreichen zu wollen – in Verbindung mit einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea.

Laut Chung hatte Kim sein »Bemühen um die nukleare Abrüstung auf der Koreanischen Halbinsel« mit den Worten bekräftigt, er würde »keinen Grund haben, Atomwaffen zu besitzen, falls die Sicherheit seiner Regierung garantiert und militärische Drohungen gegen Nordkorea zurückgenommen würden«.

Die größte Unbekannte bleibt weiterhin, welche Position die selbsterklärte »Schutzmacht« Südkoreas einnimmt, die USA. Mit dem neuen Nationalen Sicherheitsberater John Bolton und dem neuen Außenminister Michael Pompeo hat sich Trump jedenfalls ein »Falkenduo« auf die Arme gesetzt. Blicke es bei dessen unnachgiebigen und bellikosen Haltung gegenüber Pjöngjang, wird möglicherweise sogar das avisierte Gipfeltreffen zwischen Trump und Kim verschoben oder torpediert. Bolton und Pompeo trommelten bis vor kurzem ungeniert für einen »Regimewechsel« in Nordkorea.

EU-Finanzminister beraten über Griechenland

Sofia. Die Euro-Finanzminister haben sich auf ihrem Treffen in Sofia über das gegenwärtige Kreditprogramm für Griechenland verständigt. Dieses werde am 20. August auslaufen, womit die finanzielle Unterstützung für Athen ende, sagte EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici am Freitag in Sofia. Seit Beginn der Krise haben die europäischen Partner und der Internationale Währungsfonds im Gegenzug für Kredite drastische Kürzungen im Sozialbereich gefordert. Die Staatsverschuldung betrug im vergangenen Jahr 178,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Als Bedingung für weitere Kredite muss Athen noch Staatsbesitz privatisieren. »Die nächsten beiden Monate werden sehr intensiv werden«, sagte der Leiter des Euro-Rettungsfonds ESM, Klaus Regling. (AFP/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

UN-Hochkommissar kritisiert Israel scharf



Genf. Das UN-Menschenrechtsbüro in Genf wirft Israel übermäßige Gewalt bei den Protesten der Palästinenser an der Grenze zum Gazastreifen vor. In den vergangenen vier Wochen seien 42 Palästinenser ums Leben gekommen, berichtete das Büro am Freitag in Genf. Mehr als 5.500 seien verletzt worden, darunter 1.739 durch Schüsse der israelischen Sicherheitskräfte. Vier Kinder seien erschossen worden, drei davon starben durch Kugeln in den Kopf oder den Hals. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Raad Al-Hussein (Foto), warnte Israel, dessen Vorgehen könnte das humanitäre Völkerrecht verletzen. Tödliche Gewalt dürfe nur im äußersten Notfall angewendet werden. Am Freitag waren erneut bei Angriffen israelischer Soldaten sechs Palästinenser im Gazastreifen durch Schüsse verletzt worden. (dpa/jW)

BRD erhöht Militärausgaben

NATO-Treffen in Brüssel: Bundesaußenminister versichert zu erfüllen, »was von uns verlangt wird«

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) hat beim NATO-Treffen in Brüssel versichert, dass Deutschland seine Militärausgaben in Richtung zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen wird. »(Wir) gehen davon aus, dass wir das, was von uns verlangt wird, schrittweise auch erfüllen werden«, sagte Maas am Freitag in Brüssel. Die 29 NATO-Mitgliedsstaaten hatten sich 2014 dazu verpflichtet, die Militärausgaben der Zweiprozentmarke anzunähern.

Die USA bestehen darauf, dass dies spätestens 2024 tatsächlich auch er-

reicht wird. Der neue US-Außenminister Michael Pompeo bekräftigte in Brüssel die US-Haltung. »Dass die Vereinigten Staaten diese Auffassung und diese Erwartung haben, ist jetzt nicht neu«, sagte Maas dazu. »Ich glaube, dass Deutschland, was die Wahrnehmung der internationalen Verantwortung angeht, außerordentlich präsent ist. Und dass wir auch unsere Bündnisverpflichtungen gegenüber der NATO erfüllen, was die Finanzierungsfragen angeht.«

Zu einer Beteiligung der Bundeswehr am geplanten NATO-Einsatz zur

Ausbildung der Streitkräfte im Irak äußerte sich Maas zurückhaltend. Er verwies darauf, dass die Bundeswehr bereits im Irak tätig ist. Nach Angaben von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sehen die aktuellen Pläne vor, mehrere hundert Soldaten in das Land zu schicken.

Auf der Tagesordnung stand zudem die Lage in Afghanistan sowie der NATO-Beitritt Georgiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas. Thema waren auch die Beziehungen zu Russland. »Es gibt von uns die Erwartung, dass es bei

den wichtigen Fragen und bei den Konfliktlösungen (...) von der russischen Seite konstruktive Beiträge gibt«, sagte Maas.

In einer Pressemitteilung erklärte Alexander S. Neu, Obmann im Verteidigungsausschuss für die Fraktion Die Linke: »Die Außenminister der NATO-Staaten treffen sich heute, um mittlerweile ritualisiert sich selbst zu vergewissern, dass die Welt aus den Fugen geraten ist und Russland und China die größten Gefahren für die westliche Sicherheit und dessen Wohlstand darstellen.« (dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.101 Genossinnen und Genossen (Stand 27.4.2018)
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 902000